

**(Danny Freymark)**

– Doch, wir sind dabei! Ich habe skizziert, was wir machen werden. Die Parlamentarier, mit denen wir sehr gut zusammenarbeiten, werden bei diesem Runden Tisch dabei sein. Deswegen sage ich erst mal vielen Dank für die Aufmerksamkeit! Wir sind an dem Thema dran. Machen Sie sich keine Sorgen! Sie haben auch bei anderen Themen schon rumgeschimpft. Den Tierpark haben wir für Sie organisiert, weil Sie es in zehn Jahren nicht bekommen haben. Wir werden auch die anderen Themen organisieren. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU –

Uwe Doering (LINKE): Sie sind doch  
an der Regierung! –

Wolfgang Brauer (LINKE): Kauft dem Herrn mal  
einen Knigge!]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Danke schön, Herr Freymark! – Für die Piratenfraktion hat jetzt das Wort der Herr Abgeordnete Magalski. – Bitte sehr!

**Philipp Magalski (PIRATEN):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Herr Freymark! Ich sehe gar keinen Grund, warum wir großartig rumbashen müssen. Eigentlich sind wir in dem Bereich auf einer Linie, wo wir gut zusammenfinden können. Wir haben das auch gestern im Ausschuss gesehen. Wir haben die Argumente der verschiedenen Akteure gehört, und wir haben auch mitbekommen, welche Probleme da existieren. Ich glaube, für diese Probleme, die ja hauptsächlich technische Probleme sind, können wir Lösungswege aufzeigen und finden. Deswegen finde ich die Idee auch ganz gut, dass wir zusammen mit Herrn Gaebler, der ja als Staatssekretär auch im Aufsichtsrat der Berlin Recycling GmbH sitzt –

[Zuruf von Staatssekretär Christian Gaebler]

– Was ist das denn für ein Gremium? – Auch nicht mehr? Na gut! Aber ich denke, es ist trotzdem genügend Expertise vorhanden, um zu schauen, wie wir in der Sache zu einem guten Ergebnis kommen.

Das große Problem, das wir hier haben, ist ja die Sortenreinheit der Glassammlung, die in Berlin eben nicht sonderlich hoch ist. Ich zitiere aus dem Bericht des Dualen Systems: Die Scherben, die zu klein sind und/oder Anteile hitzefester Glassorten enthalten, führen zu Schäden an den Industrieanlagen und zu Ausschuss bei der Produktion neuer Flaschen. – Unter anderem findet es beim Transport statt, dass die Glasscherben zermahlen werden und dann auch am Zielpunkt der Aufbereitung – – Das sind alles technische Probleme, die gelöst und deswegen auch auf diesem Wege behandelt werden müssen. Die Recyclingunternehmen haben weiterhin kritisiert, dass beim Holsystem momentan in den verschiedenen Bezirken durch Tests festgestellt worden ist, dass die Mitbür-

gerinnen und Mitbürger teilweise nicht sonderlich sortenrein entsorgen. Das muss man an dieser Stelle auch einmal sagen, dass es an uns allen liegt, das Glasrecycling anständig durchzuführen. Da muss man natürlich auch aufklären weiterhin und in diesen Problembereichen nachbessern.

Die Folgen sind, dass in vielen Hinterhöfen die Flaschen herumliegen und gesondert abgeholt werden müssen, was die Kosten für die Mieter erhöht. Die nächste Folge ist die aus umweltpolitischer Sicht völlig inakzeptable Entsorgung der Flaschen über den normalen Hausmüll, weil viele Leute den Weg zu den Iglus scheuen. Deshalb muss das Ziel des Senats in Verhandlung mit den verantwortlichen Unternehmen und mit dem Dualen System sein, ohne die Auslagerung der Sammelbehälter Mittel und Wege zu finden, eine Verbesserung der Sammelqualität und der Sortenreinheit zu erreichen. In diesem Sinne werden wir das auch unterstützen. Ich glaube, dass wir in dieser Sache zu einem guten gemeinsamen Ergebnis kommen können, auch ohne uns hier gegenseitig an die Kehlen zu gehen, sondern vernünftig und sachlich in dieser Sache zu argumentieren. – Vielen Dank!

[Beifall bei den PIRATEN –  
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN  
und der LINKEN]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Herr Magalski! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Überweisung hatten Sie bereits eingangs zugestimmt.

Ich rufe auf

**lfd. Nr. 5:**

**Gesetz zur Änderung des  
Justizverwaltungskostengesetzes und anderer  
Gesetze**

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache [17/1377](#)

Erste Lesung

Ich eröffne die erste Lesung Eine Beratung ist nicht vorgesehen. – Es wird die Überweisung der Gesetzesvorlage an den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung empfohlen. Gibt es hierzu Widerspruch? – Das sehe ich nicht. Dann verfahren wir so.

Ich rufe auf

**lfd. Nr. 6:**

**Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und  
weiterer Gesetze**

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache [17/1382](#)

**(Vizepräsidentin Anja Schillhaneck)**

Erste Lesung

Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das Wort hat Frau Abgeordnete Remlinger. – Bitte sehr!

**Stefanie Remlinger (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Senatorinnen und Senatoren! Ich möchte hier mitnichten die Debatte um die Parlamentsreform wieder eröffnen. Ich kann auch wahrlich nicht behaupten, dass ich mich auf die Änderungen der Geschäftsordnung freue, wenn die so kommen, wie Sie es bis jetzt planen. Aber einen Schritt, glaube ich, in Richtung, was selbstverständlich sein sollte, werden wir dann tun, nämlich dass eine Senatorin ihr Gesetz hier auch einbringt und mit den Abgeordneten diskutiert, und dies bevor in der Zeitung bereits steht, dass folgende Änderungen für das nächste Schuljahr greifen werden. Ich glaube, da ist in der Abfolge ein bisschen was durcheinander geraten.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN]

Zweitens darf ich zu dem Gesetz sagen, es steht so ein bisschen unter dem Motto: Was lange währt, wird noch lange nicht gut. Es ruft in der Tat – auch nachdem es sehr lange gedauert hat, bis Sie sich als Koalition hier geeinigt haben – bei uns sehr gemischte Gefühle hervor.

Es gibt viele Punkte, die wir durchaus begrüßen, das möchte ich nicht verschweigen. Wir freuen uns, dass Bezirkskinder nun bei der Vergabe von Oberschulplätzen stärker berücksichtigt werden. Das ist familienfreundlich. Und auch wenn die Kinder im Oberschulalter – hoffentlich – von ihren Eltern nicht mehr unbedingt mit dem Auto zur Schule gebracht werden müssen, werden sich die Familien entlastet fühlen und auch die Schülerinnen und Schüler werden sich freuen, wenn sie es nicht ganz so weit zur Schule haben und am Nachmittag nicht noch einmal quer durch die Stadt fahren müssen, falls sie Mitschülerinnen und Mitschüler besuchen wollen. Wir begrüßen auch die Berücksichtigung von Geschwisterkindern an Oberschulen. Das ist kein neues Thema, aber ein notwendiger Schritt. Wir freuen uns auch hier, dass dieses Thema anerkannt ist. Auch dies entlastet Familien und ist sinnvoll. Wir befürworten auch durchaus die neue Beratungspflicht für Eltern, die ihre Kinder auf das Gymnasium schicken wollen. Ich freue mich auch – es darf schon auch bemerkt werden, dass offensichtlich viel Arbeit in diesem Gesetzentwurf steckt und die Verwaltung hier sehr detailliert gearbeitet hat –, dass auch Erleichterungen für einen Auslandsaufenthalt hier enthalten sind.

Zwei Punkte werden wir allerdings eingehender beraten müssen, weil wir sie für missraten halten. – Frau Senatorin, ich weiß nicht, ob und wie Sie vorhaben, Ihre Fehde gegen die freien Schulen im Land Berlin weiterzuführen.

Wir hatten gehofft, dass Sie aus der steifen Brise, die Ihnen nach dem ersten Entwurf dieses Gesetzes ins Gesicht geweht ist, gelernt haben würden. Aber, wie es leider so ist, gibt es offensichtlich nur einen Punkt, wann die berufliche Bildung hier in Berlin einmal im Parlament thematisiert wird, nämlich dann, wenn beide Seiten einen Rückzugsweg brauchen, damit Gesichtsverlust auf beiden Seiten vermieden wird.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Ich sage, man würde sich wünschen, dass man sich mit den freien beruflichen Schulen auseinandersetzt. Wir verschließen uns einer Diskussion über einen gewissen Wildwuchs nicht grundsätzlich. Aber Ihre Einschränkung für die neuen Berufsschulen geht am eigentlichen Problem komplett vorbei. Wir haben einen akuten Fachkräftedbedarf, zum Beispiel im Pflege- und Gesundheitsbereich.

Wenn Sie als Senat nun vorhaben, die Schulgründungen, in den Bereichen, in denen Fachkräfte fehlen, zu behindern, dann, finde ich, könnten Sie sich hier hinstellen – das würde ich auch begrüßen – und sagen: Diese Schulplätze stellen wir zur Verfügung.

[Beifall bei den GRÜNEN –  
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Ansonsten aber schlage ich vor, dass Sie sich weniger darum sorgen, ob sich hier neue Schulen gründen, sondern dass Sie sich um die Qualität dieser Schulen kümmern und dass Sie nicht sagen, Sie hätten da viel getan – das Gegenteil ist der Fall!

Noch strittiger aber ist das Thema Sprachförderung. Die Bedeutung der Sprachförderung ist vollkommen unstrittig. Aber was Sie hier machen ist reine ordnungspolitische Symbolpolitik. Sie haben auch jetzt bereits die Möglichkeit, zu einem Zwangsgeld zu greifen. Was hier substanziell anders sein soll, werden Sie uns erklären müssen. Dass wir ein Bußgeld für falsch halten, möchte ich hier vorab betonen, da werden wir uns in der Tat eingehender auseinandersetzen müssen. Gehen Sie doch bitte den Gründen nach! Prüfen Sie doch erst einmal, ob eine Einladung für den Sprachtest tatsächlich angekommen ist oder ob die Familien vielleicht gerade im Ausland waren!

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Sie müssten bitte zum Schluss kommen!

**Stefanie Remlinger (GRÜNE):**

Prüfen Sie doch, ob vielleicht aufgrund sprachlicher Hemmnisse der Brief des Polizeipräsidenten oder auch des Schulamtes nicht verstanden worden ist! Dann gehen Sie bitte dem nach!

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Sie müssten bitte wirklich zum Schluss kommen!

**Stefanie Remlinger (GRÜNE):**

Sorgen Sie dafür, dass verbindliche Gespräche stattfinden und verbindliche Vereinbarungen mit den Eltern geschlossen werden! Dies wäre sinnvoller als ordnungspolitische Maßnahmen. – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN –  
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Frau Remlinger! – Für die SPD-Fraktion hat jetzt das Wort der Herr Abgeordnete Özışık. – Bitte sehr!

**İlkin Özışık (SPD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Meine Damen und Herren! Das Schulgesetz wird mit vielen kleinen Änderungen für Berliner Schülerinnen und Schüler angepasst und optimiert. Gesetze sind lebendig und dynamisch wie unsere Stadt und die Gesellschaft. Diese Entwicklungen in der Gesellschaft müssen sich auch im Schulgesetz widerspiegeln. Ich möchte nun auf einige geplante Änderungen im Schulgesetz eingehen.

Jedes Kind ist individuell. Einige Kinder benötigen gerade in der Schulanfangsphase mehr Zeit. Grundschulen, die die Jahrgangsstufe 1 bis 3 jahrgangsübergreifend verbinden, dürfen künftig die Schulanfangsphase von zwei auf drei Jahrgangsstufe erweitern, sodass Kinder ein weiteres Jahr in der Schulanfangsphase verweilen dürfen. Schülerinnen und Schüler, die in der zehnten Jahrgangsstufe ein Auslandsjahr verbringen, brauchen nur für die MSA-Prüfungen ihren Aufenthalt nicht zu unterbrechen. Sie werden nach dem Aufenthalt das erste Semester der 11. Klasse direkt besuchen können. Das erste Semester wird eine Probezeit werden. Bei Nichtbestehen erfolgt eine Wiederholung der 10. Klasse.

Eltern, die ihre Kinder mit schwachen schulischen Leistungen – in der Verordnung wird eine Durchschnittsnote der Förderprognose von 3,0 oder höher gemeint sein – gleichwohl am Gymnasium anmelden wollen – die unbedingt das Gymnasium wählen wollen –, dürfen nur nach einem verpflichtenden Beratungsgespräch aufgenommen werden.

Falls es Eltern nicht gelingen sollte, ihr Kind an der ersten Grundschule anzumelden, erhält das Kind bei der Anmeldung an der zweiten oder dritten Grundschule Vorrang vor anderen Kindern, vorausgesetzt, sie wohnen in dem Bezirk, wo sich die Schule befindet. Damit helfen wir Familien und fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Falls bei der Zulassung zur Oberschule in ein Gymnasium oder in eine Sekundarschule weniger Plätze bestehen als Bewerbungen, werden Geschwisterkinder bei der Aufnahme bevorzugt behandelt. Gegen Erziehungsberechtigte, die nicht dafür Sorge tragen, dass ihr Kind an der verpflichtenden Sprachstandsfeststellung oder anschließender Sprachförderung teilnehmen, kann künftig ein Bußgeld bis zu 2 500 Euro verhängt werden.

Schulen in freier Trägerschaft werden, wenn schulpflichtige Schülerinnen und Schüler die Privatschule veranlassen und wenn Schüler, die in den Jahrgangsstufen 1 und 7 an der Ersatzschule aufgenommen werden, zur Mitteilung an das für die Überwachung der Schulpflicht zuständige Schulamt verpflichtet. Außerdem wird die staatliche internationale Nelson-Mandela-Schule mit diesen Änderungen des Schulgesetzes zukünftig in eine zentral verwaltete Schule um 1. Januar 2014 umgewandelt.

Ich habe einfach versucht, einige Dinge aus diesen Änderungen vorzustellen und kann zum Ende meiner Rede nur noch empfehlen, die Gesetzesvorlage zur Änderung des Schulgesetzes zu beschließen, um eine zeitnahe Verabschiedung auch zu gewährleisten. Diese ist insbesondere für die Änderung in Bezug auf das Aufnahmeverfahren in die Sek I, die bereits für das im Frühjahr beginnende Anmeldeverfahren greifen sollen, sehr notwendig. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:**

Vielen Dank, Herr Özışık! – Für die Linksfraktion hat jetzt das Wort Frau Abgeordnete Kittler. – Bitte sehr!

**Regina Kittler (LINKE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es brauchte einmal wieder viel zu lange, bis sich die Koalition einig war, so lange, sodass der Senat hier etwas einreicht, was er ohne Beratung oder Beschlussfassung im Plenum oder im Ausschuss offensichtlich schon in Kraft gesetzt hat, zumindest für die Nelson-Mandela-Schule und bei der Überschreitung der Durchschnittsnote bei der Anmeldung für das Gymnasium. Hier sind die Anfangstermine auf den 1. Januar bzw. 1. Februar festgesetzt. Mich interessiert, was passiert, wenn wir hier etwas anderes beschließen. Es könnte durchaus sein. Eigentlich sollten das die Abgeordneten doch diskutieren, eventuell notwendige Änderungen vornehmen und somit entscheiden.

Wir befinden uns hier genauso im Zeitdilemma wie beim Lehrkräftebildungsgesetz, wo die CDU auf Zeit spielt oder wie auch schon bei den immer noch nicht beschlossenen Regelungen zu den Arbeitszeitkonten für Lehrkräfte. Bei letzteren ist die Anmeldefrist für die Inanspruchnahme von Regelungen, ohne dass wir hier dazu beraten